

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Werbt für den Sieg der Liste Abonniert das Arbeiterorgan Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationales

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

Verlagspreis: Die monatlich gepostete Monatshefte oder deren Summe 20 Pf., für Familienangehörige 20 Pf., für die Restfamilie (anschließend an den dreipoligen Teil eines Teiles) 1,50 RM. Einzelhefte nur wochentags von 8 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2

6. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 16. August 1930 Nummer 190

SPD-Hilfsstellung für Brüningdiktatur

Wedel lehnt Einberufung des Landtages ab / Alle Wahlkräften der SPD-Führer gegen Brüning-Hindenburg-Diktatur entlarbt / Antwortet mit Klassenkampf gegen Lohnraub und faschistische Diktatur / SPD-Arbeiter heraus aus der Partei des Arbeiterberrats / Hinein in die KPD!

Dresden, den 16. August.

Der sozialdemokratische Landtagspräsident Wedel hat den ersten Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Landtages abgelehnt. Über nicht Herr Wedel allein, sondern die ganze SPD-Fraktion ist für den schamlosen Ausbruch durch die Diktaturverordnungen der Brüning-Regierung an den Werkstätten; denn der Landtagspräsident muß sich der Geschäftsordnung, wenn ein Drittel der Abgeordneten es verlangt, den Landtag sofort einberufen. Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion und ihres Führers ist ihre gegenzeitungschriftliche gegen die Diktaturregierung Brüning.

Der Brief des Herrn Wedel an die Fraktion der KPD lautet wie folgt:

Landtag des Freistaates Sachsen Dresden, 16. Aug. 1930

„An die kommunistische Landtagsfraktion im Hause.“

Auf Ihr Schreiben vom 11. August 1930 teile ich Ihnen mit, daß der Landtag beschlossen hat, während des Reichstagswahlkampfes keine Sitzung abzuhalten. Da in der nächsten Woche und während der folgenden Tage die Wahlarbeiten besonders stark einziehen werden, sehe ich mich in Verfolg des Landtagsbeschlusses nicht in der Lage, Ihrem Antrag zu entsprechen.

Der Präsident des Landtages, Wedel.

Es ist möglich für die Arbeiter, zu erkennen, daß Herr Wedel nur das tut, was die Kapitalisten verlangen. Der Dresdner Anzeiger meldete, bevor noch die KPD-Fraktion im Sinn des Briefes war, folgendes:

„Keine Landtagseinberufung. Wie zu erwarten war, hat Landtagspräsident Wedel den neuerlichen Antrag der Kommunisten auf beschleunigte Einberufung des Landtages abgelehnt. In Übereinstimmung mit den parlamen-

tarischen Gepflogenheiten hatte der Landtag bei seiner Vertagung beschlossen, wie üblich, in der Zeit des Reichstagswahlkampfes nicht zusammenzutreten. Der agitatorische (das ist das bekannte faule „Argument“ aller Reaktionsäre — d. Red. d. Arbeiter!) Charakter des kommunistischen Antrags war ja von vornherein klar erkennbar.“

Der kapitalistische Anzeiger hat also von Herrn Wedel „selbstverständlich erwartet“, daß der Reaktion Hilfsstellung geleistet wird. Herr Wedel hat das kapitalistische Blatt nicht enttäuscht.

Die „fühnen Reden gegen“ den Youngplan von der KPD-Fraktion schmelzen sich aus. Sie haben nichts zu sagen, sie dürfen nichts sagen; sie haben eine Koalition sogar mit den Demokraten an, wie Goebbels in einer Berliner Nazi-

versammlung erklärte. Die Reden in den Versammlungen sind billig, praktische Maßnahmen werden nicht durchgeführt. Sie entlarven sich ebenso wie die SPD-Führer als niederträchtige Betrüger der Werkstätten im Dienste des Finanzkapitals.

Die Antwort muß sein: Massenaufklärung unter den SPD-Arbeitern über die vielfache Hilfsstellung, die die SPD-Führer der Reaktion leisten. Massenaufklärung in Stadt und Land über die Rolle der Nazis, Verklärung des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Diktaturverordnungen, Wahl von Kampfausschüssen in allen Betrieben und allen Orten, die den Steuerstreik organisieren. Mobilisierung aller Werkstätten zum Kampf unter der Führung der KPD; am 14. September antworten die Werkstätten in Stadt und Land den Steuerzürbern und ihren Trabanten mit der Wahl der Liste 4!

Leunaproleten gegen Diktatursteuer

Aus Anlaß der am Dienstag verbotenen öffentlichen Kundgebung der Leunaproleten in Weihenstephan am Mittwoch auf dem Promenadenplatz in Weihenstephan eine große öffentliche Versammlung aller Leunaproleten statt. Die Polizei verbot, im „Rosentanz“ zu „regeln“. Jedoch wichen die Arbeiter nicht vom Platz. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Wahl eines großen Kampfausschusses zur Durchführung der Lohnbewegung in der Chemiewirtschaft, sowie zur Massenpolitikierung der Leunaproleten und für den Sieg der KPD am 14. September beschlossen. Ferner beschließen die Weihenstephaner Leunaproleten,

„unter keinen Umständen den Abzug der reaktionären Diktatursteuern (Vehgsteuer, Kopfsteuer usw.) zu dulden, und werden mit allen Mitteln die Zahlung dieser Steuern auf dem Wege

des Massenkampfes gegen die Brüningregierung zu verhindern wissen.“

Dieses Beispiel muß sofort allgemeine Nachahmung finden. Nehmt Stellung in allen Betrieben und Gewerkschaften, wenn man auch Diktatursteuern vom Lohne abziehen will, antwortet mit Streik!

Krankentassenvorstand lehnt Verschlechterungen ab

Oberriedersdorf, den 15. August.

In der Krankentassenvorstandssitzung am 13. August der Innungs-Krankentasse der Baumeister im Bezirke der Stadt und Amtshauptmannschaft Vöbä in Vöbä i. Sa. wurde Stellung genommen gegen die Krankenversicherungsnotverordnung vom 26. 7. 30. Auf Antrag der Kommunisten wurde gegen die Diktaturverordnung mit 6 Stimmen der Vertretervertreter gegen 3 Stimmen der Unternehmervertreter beschlossen:

„Vöbä, den 15. August 1930. An die sächsische Regierung, Dresden.“

- 1. Der Kassenvorstand erhebt scharfen Protest gegen die Krankenversicherungs-Notverordnung der Reichsregierung vom 26. 7. 30.
2. Der Geschäftsführer wird beauftragt, bei der sächsischen Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sachlens in Berlin bei der Reichsregierung Einspruch erhebt gegen die Notverordnung.
3. Den Geschäftsführer anzuweisen, die Krankenversicherungsnotverordnung nach der Notverordnung nicht durchzuführen. Die Verschlechterung wird nicht eingeleitet.“

Gemeinde Vöbä protestiert

Vöbä, den 16. August 1930.

Auf Antrag der kommunistischen Gemeindebevollmächtigten in Vöbä beschloß die Gemeindeversammlung einstimmig am 12. August folgende Anträge:

- 1. Das Kollegium erhebt scharfen Protest gegen die Steuererhöhungen der Reichsregierung vom 27. Juli 1930, die Steuern und Abgaben betreffend.
2. Den Gemeinderat zu beauftragen, bei der sächsischen Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sachlens in Berlin bei der Reichsregierung Einspruch gegen die Verordnung erhebt.
3. Den Gemeinderat anzuweisen, Steuererhebungen nach der Notverordnung nicht durchzuführen, die Reichsabgaben nicht zu erheben.“ (NR 1818)

Auch Wehlig

Wehlig, den 15. August.

In Wehlig bei Freital beschloß die Gemeindebevollmächtigten am 12. August auf Antrag der KPD gegen Steuererhöhungen des Diktaturkabinetts Brüning den Kampf zu führen. Der Antrag wurde mit 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und einer sozialdemokratischen Stimme dagegen beschlossen.

Gegenseitiger Mord im „dritten Reich“

Straßer von 12 Hitlerleuten überfallen — Die jahrelange Rot-Mord-Hege als Lüge entlarbt — Organisiert antifaschistische Betriebsgruppen!

Der „Sächsische Beobachter“ berichtet über einen feigen Überfall von Nazis, die der Hitlerfraktion angehören, auf die Nazis Otto Straßer und Rudolf Nehm. Die Schilderung dieses Überfalls in dem Naziblatt bestätigt aber vollumfänglich, was wir bisher immer betonten: die Faschisten sind nichts weiter als Landoltschneide und Terrorbanden des Finanzkapitals, die mit Begünstigung der Polizei inkompetent Arbeiter und politische Gegner überfallen und terrorisieren. Herr Straßer, der die Mordtaten der Goebbels in Berlin sehr genau kennt, berichtet in seinem Organ:

„Gegen 10 Uhr 30 Minuten, als die beiden an der Straßenbahnhaltestelle auf ihre Wahn warteten, sprang plötzlich eine Horde von 10—12 Hitlerleuten aus der Dunkelheit vor, überfiel das Gesicht der beiden revolutionären Nationalsozialisten mit gelohemem weißen Messer und ging mit Messern, Stöcken und Faustschlägen zum Angriff vor.“

Die ganze Erbarmlichkeit und Feigheit der SA-Leute wird durch folgende Schilderung bestätigt:

„Nach niemals haben Margiten einzelne Führer der Nationalsozialisten, auch nicht in den Anfangsjahren der NSDAP, einzeln und planmäßig überfallen, wie dies hier seitens der Hitlerbanden geschah.“

Das ist sehr interessant. Herr Straßer, der seit Jahren ein Kämpfer ist, bestätigt hier ungewollt, daß all die Weibungen, die von den Hitlerleuten jahrelang verbreitet wurden, die SA-Leute seien „von Arbeitern hinterwärts überfallen“ worden, ausnahmslos Lügen sind. Es zeigt sich hier wieder einmal, wie die Herrschenden im „dritten Reich“ sich gegenseitig in den Haaren fassen, daß sich in Wirklichkeit die ganze Hege der Nazis gegen die Arbeiter als ein plumper Schwindel herausstellt. Später heißt es:

„Die ganze Brutalität des Überfalls, der ein für allemal den Hitlerleuten in den von ihnen so angepöbelten „Rotmord-Planieren“ den ersten Preis zuerkennt, zeigt sich darin, daß sich das Lumpenpack nicht scheute, einen Schwerkriegsbeschäftigten, ... der ... sich weder wehren, noch flüchten kann, anzulassen.“

Straßer hebt dann besonders hervor, daß Hitler und die Reichsführung verantwortlich sind für dieses Banditenum:

„Alle diese gemeinen und feigen Überfälle verheerter SA-Leute sind erfolgt, ohne daß Adolf Hitler, ohne daß die Reichsführung der NSDAP etwa von ihnen abgerückt sind oder ihre Täter aus der Partei ausgeschlossen werden. Die NSDAP hat infolgedessen das moralische Recht verloren, ihrerseits gegen Überfälle gleicher Art von politischen Gegnern zu polemisieren, da sie selbst Leute in ihrer SA duldet, die, wie die Vorfälle in den letzten Wochen bewiesen haben, in der gemeinsamen, raschen und feigen Weise durch Niederschlagen und Überfälle auf politische Gegner den Kampf für das dritte Reich führen.“

Hier wird von einem Nationalsozialisten selbst, von einem führenden Funktionär, der die Bewegung auf das genaueste kennt, zugleich auch die ganze Schamlosigkeit der hitlerischen und sozialdemokratischen Presse enthüllt, die ganz bewußt sorgfältig die Lügen der Nationalsozialisten gegen die KPD verbreitet haben. Hier wird von einem nationalsozialistischen Führer bemerkt, daß die Polizei die Verbrecherbanden, die von Hitler ausschließlich zu dem Zweck, ihren Terror gegen die Arbeiter auszuüben, organisiert wurden, begünstigt hat. Hier wird enthüllt, welche eine schändliche Rolle die SPD-Polizeipräsidenten spielen, die jahrelang die Nazis begünstigten und ihnen so erlaubten, sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter ebenso wie die kommunistischen abzuflagen.

Die Proletarier müssen daraus erkennen, daß in jedem Betrieb, in jedem Dorf antifaschistische Gruppen geschaffen werden müssen, in denen alle christlichen Arbeiter, die einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus führen wollen, zusammengefaßt sind zu einer einheitlichen antifaschistischen Kampffront. Organisiert eine breite Kampfkampagne über die nationalsozialistischen Volksverräter, organisiert Betriebswehren gegen die braune Mordpest!